

# Friedenspfeife statt weiterer Verbote

## RAUCHEN AUF TERRASSEN Horesca und Regierung setzen auf Sensibilisierung

Luc Laboulle

Statt weiterer gesetzlicher Verbote wollen der Gaststättenverband Horesca und die Regierung mit einer Kampagne an den Verstand von Rauchern und Nichtraucher appellieren. Auf den Terrassen von Cafés und Restaurants sollen sich beide Gruppen gegenseitig respektieren. Die Sensibilisierungskampagne ist das Resultat von zwei gegensätzlichen öffentlichen Petitionen, die im Januar im Parlament diskutiert wurden.

Seit am 1. Januar 2014 das gesetzliche Rauchverbot in Restaurants, Cafés, Bars und Diskotheken in Kraft getreten ist, sei die Zahl der Kneipen in Luxemburg stark zurückgegangen, sagt François Koepp, Generalsekretär des Gaststättenverbands Horesca. Habe es 1985 in Luxemburg noch rund 1.650 Cafés gegeben, zähle man heute offiziell nur noch 1.085, von denen aber lediglich 950 noch reell existierten. Vor allem in der Minettegegend hätten Gaststätten über ausbleibende Kundschaft geklagt. Schon vor Inkrafttreten des Gesetzes hatte sich die Horesca gegen das Rauchverbot gewehrt.

### Petition und Gegenpetition

Wegen des Widerstands des Verbands hatte die Regierung bei ihrer Verschärfung des Anti-Tabak-Gesetzes 2017 auf weitere Verbote im Bereich des Gaststättengewerbes verzichtet. Das neue Gesetz zielte vor allem darauf ab, die Kinder zu schützen, indem es das Rauchen auf Spielplätzen, in Autos und Freiluft-Sportstätten einschränkte.

Doch in diesem Jahr ging der



Handelskammer-Präsident Carlo Thelen, Horesca-Generalsekretär François Koepp, Tourismusminister Lex Delles und Horesca-Präsident Alain Rix (v.l.n.r.)

Kampf zwischen Rauchern und Nichtrauchern um die Gaststätten weiter. 2018 hatte ein Bürger eine öffentliche Petition auf der Internetseite des Parlaments eingereicht, um das Rauchen auf den Terrassen von Restaurants zu verbieten. 4.668 Unterschriften konnte der Petent sammeln. Konkurrenz bekam er von einer Gegenpetition, die sich für das Recht, auf Terrassen zu rauchen, aussprach. Diese zweite Petition hatte mit 5.110 Unterschriften noch mehr Erfolg als die erste.

Am 30. Januar dieses Jahres wurden beide Petitionen gemeinsam im Parlament vorgestellt und diskutiert. Dort stellte sich heraus, dass Gesundheitsminister

Etienne Schneider (LSAP) nicht für weitere Rauchverbote zu haben ist. Stattdessen hatte Schneider die Idee einer Sensibilisierungskampagne eingebracht.

Sechs Monate hat die Horesca mit Unterstützung der Handelskammer und des Tourismusministeriums an einem Konzept gearbeitet. „Raucher und Nichtraucher: Respektiert euch!“ lautet das Motto der Kampagne, die gestern im Café Pacha vorgestellt wurde. Die einstige Kultkneipe im hauptstädtischen Viertel Belair ist nach einer vorübergehenden Durststrecke wieder zu einem Szenetreff geworden.

Der Slogan „Fumeur et Non-Fumeur: Respectez vous!“ wurde

auf kleine Tischaufsteller aus Pappe und Poster gedruckt. Dieses Material verteilt die Horesca nun an die rund 1.650 Restaurants und 950 Cafés in Luxemburg.

Der Minister für Tourismus und Mittelstand, Lex Delles (DP), sprach gestern von einem sensiblen Thema. Es sei besser zu sensibilisieren als zu reglementieren, um bei Rauchern und Nichtrauchern ein Bewusstsein zu schaffen, dass sie miteinander leben müssen. „Kein Gesetz der Welt ersetzt die Regeln des Miteinanders“, sagte Delles.

Horesca-Präsident Alain Rix betonte seinerseits, dass jeder das Recht haben müsse, seine Frei-

heit zu genießen, während François Koepp an den Verstand der Menschen appellierte. Ein höflicher und respektvoller Umgang miteinander sei in allen Bereichen wichtig, so Koepp. Es sei besser, miteinander als gegeneinander zu kämpfen.

Schließlich will die Horesca sich aber nicht alleine auf den Verstand der Kunden verlassen, sondern hofft, dass auch die Betriebe Verantwortung übernehmen und beispielsweise auf ihren Terrassen getrennte Bereiche für Raucher und Nichtraucher ausweisen.

### „Immer noch Geld zu verdienen“

Alain Rix hoffte gestern, dass die Diskussion um das Rauchen nun abgeschlossen sei und sich die Gaststätten künftig wichtigeren Dingen widmen können. Neben dem Rauchverbot und der Herabsetzung der Promillegrenze war es vor allem die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf alkoholische Getränke, die der Horesca in den vergangenen Jahren Sorge bereitet hatte.

François Koepp gestand gestern, dass der Rückgang der Cafés nicht alleine auf politische Entscheidungen zurückzuführen sei. Die Erwartungen des Kunden hätten sich in den vergangenen Jahren geändert, erklärte der Horesca-Generalsekretär. Damit ein Café überleben kann, reiche es nicht mehr aus, dass es nur Getränke anbietet. Es sei wichtig, ein Konzept zu haben, das Jung und Alt anspricht. Mit kleinen Snacks oder Gerichten könne eine größere Kundschaft erreicht werden. Eine Anpassung der Öffnungszeiten könne auch Verbesserungen bringen, so Koepp. Seien diese Voraussetzungen erfüllt, ließe sich mit einer Kneipe „immer noch Geld verdienen“.

# Wachsende Rolle des Polizeiregisters bei Flughafenjobs

## GESETZESREFORM Polizei gibt Gutachten ab, Minister unterschreibt Vorgaben

Robert Schneider

Dass theoretische Datenschutzvorstellungen eine Sache und die praktische Realität eine andere sind, wollte Polizeiminister François Bausch gestern anhand des Beispiels der Kontrolle des Vorlebens für Angestellte des Flughafens demonstrieren. Allerdings bleiben auch nach der Vorstellung der Reform, die eigentlich nur die Umsetzung von Vorgaben der EU ist, viele offene Fragen.

Bislang wurden Bewerber für Jobs am Flughafen, die ihren Arbeitsplatz „air-side“ haben, also zum Beispiel die Verkäufer der Läden hinter der Sicherheitskontrolle, das Sicherheitspersonal selbst, aber auch Piloten, Flugbegleiterinnen usw., einer ersten Kontrolle durch ihre jeweiligen Arbeitgeber unterzogen. Danach überprüfte die Polizei die Vorgeschichte der Anwärter und stellte eine Unbedenklichkeitsbescheinigung aus, die fünf Jahre gültig war.

Nun wird die Prozedur geändert, dies nach Vorgaben der EU-Durchführungsverordnung zur



François Bausch

Luftfahrtsicherheit. Statt der Luxemburger Gesetzgebung einen Verweis auf das entsprechende Reglement anzufügen, habe er sich entschlossen, im Herbst eine neue Gesetzesvorlage ins Parla-

ment zu bringen, so Bausch, dies auch im Rahmen der jüngsten Diskussionen um die Datenbanken von Justiz und Polizei.

Er sei gespannt, wie die Abgeordneten sich dabei verhalten

würden, so Bausch: Es sei etwas anderes, Datenschutz in der Theorie zu verteidigen, als reale Sicherheitsrisiken in Kauf zu nehmen.

Wie viel Sicherheit wir wollen, sei eine politische Entscheidung, die vom Parlament getroffen werden müsse. Dass er ziemlich viel Sicherheit möchte und dabei bereit ist, auch Konzessionen in Sachen Gewaltentrennung (immerhin ein Fundament der Demokratie) zu machen, verdeutlicht die Vorgabe des neuen Gesetzes, das eine verstärkte Überprüfung der Kandidaten für einen Findeljob vorsieht, und dies aufgrund eines Polizeiregisters, für das zwar irgendwann Regeln entwickelt werden sollen, die es aber zurzeit nicht gibt.

So sind in der Datensammlung Verstöße aufgelistet, für die es keine Verurteilungen gab: Diese reichen allerdings nun gegebenenfalls, um eine Karriere im „Air-side“-Bereich des Flughafens zu verhindern.

Außer der Zusicherung des zuständigen Polizeidirektors vom Findel, Christian Steichen, dass nur sicherheitsrelevante Einträge berücksichtigt würden, nicht aber z.B. Verstöße gegen das Verbot, öffentlich zu urinieren, und

Geschwindigkeitsübertretungen, ist nicht definiert, welche „Taten“ denn nun eine Einstellung verhindern.

Minister Bausch unterstrich jedenfalls gestern während der Pressekonferenz, er werde den Gutachten der Polizei in jedem Fall folgen und sich hüten, die Sicherheit am Findel zu gefährden.

Somit können auch künftig nicht-verurteilte Menschen von der Polizei mit Berufsverbot belegt werden, auch wenn dies gegen die Gewaltentrennung verstößt; außer das Parlament legt sich quer und besteht zumindest auf genaueren Ausführungsbestimmungen und Vorgaben. Bisher wurde übrigens noch kein einziger der bislang 3.500 geprüften Kandidaten zurückgewiesen, was wohl erstens mit der Vorprüfung durch die Arbeitgeber und zweitens mit der noch nicht verschärften Kontrolle zu tun hat.

Galt die Unbedenklichkeitsbescheinigung bislang fünf Jahre, so werden es künftig nur noch 12 Monate bis zur fälligen Erneuerung sein. Die „Police grand-ducale“, die ständig auf der Suche nach ausreichend Mitarbeitern ist, wird sich über die Mehrarbeit sicherlich schon freuen.